

Integrative Schule wird separativer

Basler Bildungsdirektor Conradin Cramer (LDP) will Lehrpersonen mit Lerninseln, Fördergruppen und «Spezialangebot Plus» entlasten.

Maria-Elisa Schrade

«Unsere Schule braucht jede und jeden von Ihnen. Heute ist die Gelegenheit, noch stärker miteinander ins Gespräch zu kommen», beginnt der Basler Bildungsdirektor Conradin Cramer seine Rede bei der diesjährigen Gesamtkonferenz der Kantonalen Schulen. Gesprächsbedarf gibt es vor allem beim Thema Integrative Schule: Die Zahl verhaltensauffälliger Schülerinnen und Schüler sei massiv gestiegen, sagt der Bildungsdirektor. Und zwar so sehr, dass einige der Lehrpersonen stark belastet seien. Dagegen müsse unbedingt vorgegangen werden.

Cramer betont: Basel-Stadt sei einer der ersten Kantone, der die Integrative Schule konkret umgesetzt habe und diese solle auch bleiben. So weit die bekannte Haltung des Bildungsdirektors. Aber sie müsse sich den gewachsenen Herausforderun-

gen anpassen. «Wenn die Integration im Grossen gelingen soll, muss im Kleinen mehr Zirkulation möglich sein», setzt Cramer zu seiner grossen Ankündigung an und diese hat es in sich, kommt sie fast schon einem Paradigmenwechsel im Erziehungsdepartement zum Thema Integrative Schule gleich.

Wieder mehr Separation statt Inklusion an Schulen

Lehrpersonen sollen mehr sogenannte Lerninseln zur Verfügung gestellt werden. An diese sollen sie «unkompliziert akut verhaltensauffällige» Kinder schicken können. Neu sollen ausserdem kleine «Fördergruppen» für Kinder mit Lernschwierigkeiten entstehen. Cramer spricht bewusst nicht von Förderklassen, wie diese von der Initiative des Lehrpersonenverbands Freiwillige Schulsynode Basel-Stadt für verhaltensauffällige Kinder gefordert werden.



Conradin Cramer (LDP) gibt nach. Bild: Key (7. 4. 2022)

«Wenn wir die Regelschule entlasten wollen, müssen wir zunächst die Spezialangebote entlasten», fährt Cramer fort. Zu diesem Zweck plane er die Einführung eines sogenannten Spezialangebots Plus. Dieses sei für die Kinder gedacht, die so eine intensive Betreuung benötigten, dass sie nicht in den «ordentlichen» Klassen der heilpädagogisch geführten Tagesschulen aufgenommen werden könnten. Die von Cramer vorgestellten

Massnahmen wurden von einer Fachgruppe erarbeitet, welche angeblich viele Gespräche mit Fach- und Lehrpersonen sowie Schulleitungen geführt hat. Er betont: «Das ist nicht am Schreibtisch erarbeitet worden, sondern im Austausch mit der Praxis.» Ausserdem sei eine breite Konsultation geplant. Simon Rohner, Präsident der Kantonalen Schulkonferenz Basel-Stadt, wirkt nicht überzeugt. Ihm war vorab versprochen worden, dass die Schulkonferenz in die Entwicklung der Massnahmen mit einbezogen wird. Als blosser Feedbackrunde hatte sich Rohner das offenbar nicht vorgestellt.

Die Massnahmen sollen Lehrpersonen entlasten

Cramers Ankündigungen scheinen bei den Anwesenden dennoch mehrheitlich auf Zustimmung zu stossen. Immer wieder wird applaudiert. Weniger Begeisterung lösen seine Worte

hingegen bei drei Fachpersonen für Inklusion aus. «Ich kann den Frust der Lehrpersonen nachvollziehen», sagt eine Therapeutin für Bewegungs- und Wahrnehmungsförderung. «Die Klassen sind zu gross, die Lehrkräfte überfordert.» Doch Fördergruppen einzuführen, sei nicht im Sinne der zu integrierenden Kinder.

Die Heilpädagogin, die daneben sitzt, fügt hinzu: «Von dieser Massnahme profitieren Lehrpersonen, die Frontalunterricht machen wollen.» Inklusiver Unterricht sehe anders aus. Doch dieser erfordere einen Paradigmenwechsel, zu dem viele Lehrpersonen schlicht nicht bereit seien. Auch Primarlehrerin Nadia Kohler vom Inselschulhaus wünscht sich andere Lösungen, um Lehrpersonen in der Integrativen Schule zu entlasten: «Die Schulhäuser sollten viel mehr Handlungsspielraum erhalten und selbst darüber entscheiden

können, welche Massnahmen und Ressourcen sie einsetzen wollen.» Was jeweils benötigt werde, könnten die Lehrpersonen am besten einschätzen. Diese gelte es als Kernteams im Klassenverbund aufzustellen.

Cramers Rede wirft bei der Lehrerin viele Fragen auf: «Wer entscheidet, welche Kinder in Fördergruppen kommen und anhand welcher Kriterien? Wo sollen die Gruppen untergebracht werden? Wer wird die dafür benötigten Lehr- und Fachkräfte rekrutieren?» Das sei alles noch sehr schwammig, findet Kohler.

Eines steht allerdings schon fest: Mit diesen Vorschlägen kommt Bildungsdirektor Conradin Cramer der Freiwilligen Schulsynode mit ihren Forderungen nach Förderklassen deutlich entgegen. Doch entschieden ist aktuell nichts. Regierung und Parlament müssen auch noch zu den geplanten Massnahmen beraten.